

§22/2026/062/1



**STADT : SALZBURG**

Stadträtin  
Andrea Brandner

Schloss Mirabell  
Mirabellplatz 4  
5024 Salzburg  
Tel. +43 662 8072 2940  
Fax +43 662 8072  
[stadtraetin.brandner@stadt-salzburg.at](mailto:stadtraetin.brandner@stadt-salzburg.at)

Herr Klubobmann  
Paul Dürnberger  
FPÖ  
Im Hause

Salzburg, am 15. 06. 2026

**Betreff: Antragserledigung  
zum Antrag §22/2026/062 betreffend „Knüpfung städtischer Sozialleistungen an  
Deutschkenntnisse“, vom 20.05.2026**

Sehr geehrter Herr Dürnberger  
lieber Paul!

Der vorliegende Antrag erkennt den eigentlichen Zweck der genannten Unterstützungsleistungen. Die Aktiv:Karte, Zuschüsse für Ferienprogramme oder Ermäßigungen für Sport- und Freizeiteinrichtungen sind Instrumente sozialer Teilhabe. Sie sollen Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu Angeboten ermöglichen, die Integration, Begegnung und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

Wer Sozialleistungen an Sprachkenntnisse koppeln will, bestraft häufig genau jene Menschen, die Unterstützung beim Spracherwerb benötigen. Integration gelingt nicht durch Ausschluss, sondern durch Teilhabe. Wer Kindern den Zugang zu Ferien- und Freizeitangeboten erschwert, weil ihre Eltern noch nicht ausreichend Deutsch sprechen, schafft zusätzliche Barrieren statt Perspektiven.

Darüber hinaus ignoriert der Antrag die unterschiedlichen Lebensrealitäten vieler Menschen. Alleinerziehende, ältere Personen, Menschen mit Betreuungspflichten oder Personen, die erst seit kurzer Zeit in Österreich leben, haben oft erschwerte Bedingungen beim Erwerb von Sprachkenntnissen. Sozialpolitische Maßnahmen müssen diesen Umständen Rechnung tragen, statt neue Hürden aufzubauen.



Dieses Dokument wurde amtssigniert.  
Informationen zur Prüfung der elektronischen  
Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter:  
<https://www.stadt-salzburg.at/amtssignatur>



Ich stehe für das Prinzip des Förderns und Forderns. Daher setzen wir uns für kostenlose und leicht zugängliche Deutschkurse, frühkindliche Sprachförderung, Bildungsangebote und Integrationsmaßnahmen ein. Wer Integration ernst meint, investiert in Bildung und Teilhabe statt in Sanktionen und Ausgrenzung.

Der vorliegende Antrag trägt weder zur Verbesserung der Deutschkenntnisse noch zu einer erfolgreichen Integration bei. Er gefährdet vielmehr den sozialen Zusammenhalt und schafft zusätzliche Benachteiligungen für Menschen mit geringem Einkommen.

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Brandner

Stadträtin